17.12.21

Beschluss des Bundesrates

Verordnung zur Durchführung der GAP-Direktzahlungen (GAP-Direktzahlungen-Verordnung - GAPDZV)

Der Bundesrat hat in seiner 1014. Sitzung am 17. Dezember 2021 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe der sich aus der Anlage ergebenden Änderungen zuzustimmen.

Der Bundesrat hat ferner beschlossen, die aus der Anlage ersichtliche Entschließung zu fassen.

Anlage

Ä n d e r u n g e n

und

E n t s c h l i e ß u n g

zur

Verordnung zur Durchführung der GAP-Direktzahlungen
(GAP-Direktzahlungen-Verordnung - GAPDZV)

A

Ä n d e r u n g e n

1. Zu § 3 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe f - neu - GAPDZV

In § 3 Absatz 6 Satz 1 ist Nummer 1 wie folgt zu ändern:

- a) In Buchstabe d ist nach dem Wort „Fassung“ das Wort „oder“ durch ein Komma zu ersetzen.
- b) In Buchstabe e ist am Ende das Wort „oder“ anzufügen.
- c) Folgender Buchstabe ist anzufügen:

„f) im Rahmen einer produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahme gemäß § 15 Absatz 3 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie entsprechender Regelungen in den bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften,“

Begründung:

Es ist zu begrüßen, dass bezüglich der Mindesttätigkeiten zur Erhaltung der Beihilfefähigkeit von Flächen gemäß § 3 weitgehende Regelungen im Sinne des Naturschutzes vorgesehen sind.

§ 3 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 bedarf jedoch der Erweiterung um Flächen, auf denen produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme (PIK) durchgeführt werden. Zur Erhaltung der Beihilfefähigkeit müssten Flächen, auf denen PIK durchgeführt werden, regelmäßig im Sinne des § 3 Absatz 1 genutzt werden. Diese Anforderung läuft den Entwicklungszielen der Flächen vielfach entgegen und erschwert somit die aus naturschutzfachlichen als auch agrarstrukturellen Gründen gewünschten PIK-Maßnahmen wesentlich. Dies sollte unbedingt vermieden werden, da PIK-Maßnahmen sowohl aus naturschutzfachlichen als auch agrarstrukturellen Gründen forciert werden sollten.

2. Zu § 4 Absatz 2 Eingangssatz,

Nummer 1,

Nummer 2 GAPDZV

§ 4 Absatz 2 ist wie folgt zu ändern:

a) Der Eingangssatz vor der Nummerierung ist wie folgt zu fassen:

„Ein Agroforstsystem auf Ackerland, in Dauerkulturen oder auf Dauergrünland liegt vor, wenn auf einer Fläche mit dem vorrangigen Ziel der Rohstoffgewinnung oder Nahrungsmittelproduktion entsprechend eines durch die zuständige Landesbehörde oder durch eine vom Land anerkannte Institution als positiv geprüften Nutzungskonzeptes Gehölzpflanzen, die nicht in Anlage 1 aufgeführt sind, angebaut werden.“

b) In Nummer 1 ist die Angabe „35 Prozent“ durch die Angabe „40 Prozent“ zu ersetzen.

c) Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. verstreut über die Fläche in einer Zahl von mindestens 50 und höchstens 200 solcher Gehölzpflanzen je Hektar.“

Begründung:

Die Beschränkung auf das vorrangige Ziel der Holznutzung führt zu einer enormen Einschränkung der zulässigen Nutzung der Agroforstgehölzfläche. So ist es den Landwirtinnen und Landwirten nur eingeschränkt möglich, Agroforstsysteme nach den betriebsindividuellen Belangen und Standortgegebenheiten anzulegen. Folglich können u.a. Obstbestände, die dem vorrangigen Ziel der Nahrungsmittelproduktion dienen, nicht als Agroforstsystem angelegt werden, da sie nicht dem vorrangigen Ziel der Holznutzung dienen. Aus diesem Grund ist eine Öffnung der Produktionsziele anzustreben, um der Agroforstgehölzfläche ein konkretes Ziel zuzuordnen und gleichzeitig zu verhindern, dass keine Nutzung der Fläche erfolgt.

Die Anlage von Agroforstsystemen in Verbindung mit einem geprüften und bestätigten Nutzungskonzept ist erforderlich, um zum einen den Landwirten bei der Einhaltung der einschlägigen Vorschriften hinsichtlich der Anlage und Bewirtschaftung von Agroforstsystemen Rechtssicherheit zu bieten und um zum anderen den Verwaltungs- und Kontrollaufwand in den Ländern zu verringern. Die Prüfung und Bestätigung des Nutzungskonzeptes kann durch die zuständige Behörde des Landes oder aber durch eine vom Land anerkannte Institution durchgeführt werden. Nach erfolgreicher Prüfung gilt das Agroforstsystem als bestätigt und rechtskonform.

Wird ein solches Nutzungskonzept nicht verpflichtend eingeführt, so ergibt sich insbesondere im Zusammenhang mit Agroforstsystemen gemäß Absatz 2 Nummer 2 ein erheblicher Verwaltungs- und Kontrollaufwand, um zu überprüfen, ob die zulässige Anzahl der Bäume tatsächlich eingehalten wurden. Dies kann lediglich in Form einer Vor-Ort-Besichtigung. Eine Kontrolle via Flächenmonitoring ist aufgrund der 10 x 10 Meter Genauigkeit nicht realisierbar, da ein Einzelbaum nicht erkannt wird.

Durch die Erhöhung des unter § 4 Absatz 2 Nummer 1 angegebenen Flächenanteils auf 40 Prozent wird einerseits die Vielfalt an Agroforstflächen, vor allem mit Blick auf baumarten- und strukturreiche Systeme, die mehrere Gehölzschichten aufweisen, erweitert und andererseits auch die potentielle Klimaschutzleistung von Agroforstflächen erhöht werden.

3. Zu § 7 Absatz 7 Nummer 3 Buchstabe a GAPDZV

In § 7 Absatz 7 Nummer 3 Buchstabe a sind nach dem Wort „Lebensraumtypen“ die Wörter „und der in den Anhängen II und IV dieser Richtlinie genannten Arten“ einzufügen.

Begründung:

Es ist zu begrüßen, dass Praktiken, die für die Erhaltung von Lebensraumtypen des Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG von Bedeutung sind, als etablierte lokale Bewirtschaftungsverfahren angesehen werden. Hierdurch wird ermöglicht, dass diese Flächen als Dauergrünland gelten und förderfähig sind, auch wenn Gras und Grünfütterpflanzen nicht vorherrschen. In § 7 Absatz 7 Nummer 3 Buchstabe a sollten auch die Arten der Anhänge II und IV der Richtlinie 92/43/EWG ergänzt werden, damit auch die Praktiken zur Erhaltung der Lebensräume dieser Arten unter die etablierten Bewirtschaftungsverfahren fallen. Nur hierdurch bleiben auch diese wertvollen Flächen förderfähig für die Direktzahlungen der 1. Säule.

4. Zu § 8 Nummer 5 GAPDZV

In § 8 Nummer 5 ist das Wort „mehr“ zu streichen.

Begründung:

Redaktionelle Anpassung.

5. Zu § 17 Absatz 4 GAPDZV

In § 17 Absatz 4 sind die Wörter „Buchstabe b“ durch die Wörter „Buchstabe a und b“ zu ersetzen.

Begründung:

Es ist zu begrüßen, dass die Landesregierungen festlegen können, dass bestimmte Flächen für die Öko-Regelungen nach § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b, Nummer 3 oder Nummer 5 des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes nicht in Betracht kommen, soweit bestimmte regionale naturschutzfachliche Gründe dagegensprechen. Es bedarf hier jedoch der Erweiterung um die Öko-Regelung nach § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes „nichtproduktive Flächen auf Ackerland“, damit die Landesregierungen auch diese Öko-Regelung, welche Brachflächen beinhaltet, auf bestimmten Flächen ausschließen können, sofern naturschutzfachliche Gründe dagegensprechen. Hier ist insbesondere der Schutz von wertvollen Ackerwildkrautvorkommen gemeint, die eine regelmäßige, extensive Ackerbewirtschaftung zum Erhalt benötigen. Ein Brachfallen dieser Flächen würde sich erheblich negativ für den Erhalt seltener Ackerwildkrautarten auswirken.

6. Zu § 17 Absatz 4 GAPDZV

In § 17 Absatz 4 sind nach den Wörtern „Buchstabe b“ die Wörter „oder Buchstabe d“ einzufügen.

Begründung:

Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, durch Rechtsverordnung auf bestimmten Flächen die Anwendung der Öko-Regelung 1.d) „Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland“ auszuschließen, um besonderen regionalen Gegebenheiten des Naturschutzes Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung der Befugnis für Länderermächtigungen ist erforderlich, weil eine Kulissenunab-

hängige Einführung der Regelung 1.d) „Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland“ in Ländern wie Sachsen den Rückgang wertvoller Grünland-Schutzgüter wie beispielsweise Offenland-FFH-Lebensraumtypen, Offenland-Biotope oder Habitatschutzbedürftiger Arten befördern könnte. Das Angebot dieser Ökoregelungen auf Flächen mit hochwertigen Schutzgütern des Naturschutzes, die eine andere Bewirtschaftung erfordern, soll ausgeschlossen werden.

7. Zu § 17 Absatz 5 – neu – GAPDZV

Dem § 17 ist folgender Absatz anzufügen:

„(5) Den Landesregierungen wird die Befugnis übertragen, durch Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 1 des Marktorganisationsgesetzes für die in § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b und c des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes genannten Öko-Regelungen aus der Liste zulässiger Arten für Saatgutmischungen bei Blühstreifen oder -flächen aus Anhang 1 zu Anlage 5 bestimmte Arten zu streichen oder geeignete Arten festzulegen, sofern dies erforderlich ist, um besonderen regionalen agrarstrukturellen oder naturschutzfachlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.“

Folgeänderung:

In § 28 Absatz 1 ist die Angabe „und 4“ durch die Angabe „bis 5“ zu ersetzen.

Begründung:

Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, durch Rechtsverordnung bestimmte Arten zu streichen oder geeignete Arten festzulegen, sofern dies erforderlich ist, um besonderen regionalen agrarstrukturellen oder naturschutzfachlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen:

So sollen die Länder beispielsweise die Möglichkeit erhalten, Pflanzenarten aus der Liste zulässiger Arten zu streichen, die auf regionaler Ebene oder Landesebene als Rote-Liste-Arten geführt werden. Unerwünschte Folge der Aussaat von Wildpflanzen, die auf landwirtschaftlichen Flächen nicht zwingend autochthon bzw. gebietseigen sein müssen, kann eine ungewollte Florenverfälschung sein.

Darüber hinaus können einige in der Liste aufgeführten Arten auf regionaler Ebene in Saatgutvermehrungsbetrieben durch einzuhaltende Mindestabstände zu massiven Problemen führen, wie beispielsweise für die Aussaat von *Trifolium pratense* (Rotklee) für Rotklee-Vermehrungsbetriebe. Bei einer Störung beispielsweise von Rotklee-Vermehrungen wird überdies der weitere Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, der zwingend auf regional geeignetes Saatgut kleinkörniger Leguminosen angewiesen ist, beeinträchtigt.

Alternativ zur Streichung von Arten sollten die Länder die Möglichkeit erhalten, nur diejenigen Pflanzenarten aus der Liste auszuwählen, die sich aus regionaler Sicht zuverlässig hinsichtlich Biodiversitätsleistung bzgl. Pollen und Nektar sowie konkurrenzstark gegenüber unerwünschten Beikräutern zeigen und die in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

8. Zu § 19 Absatz 3 Nummer 2, Nummer 3 GAPDZV

§ 19 Absatz 3 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 2 ist nach dem Wort „werden“ das Komma durch das Wort „und“ zu ersetzen.
- b) Nummer 3 ist zu streichen.
- c) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

Begründung:

Die Möglichkeit des Weidegangs sollte nicht zu einer Fördervoraussetzung werden, um die Länderprogramme nicht zu gefährden und den Prüfaufwand in einem angemessenen Rahmen zu halten.

Ziel dieser Zahlungen ist, diese für Schaf- und Ziegenhaltungsbetriebe einkommenswirksam, möglichst unbürokratisch und additiv zu den Vertragsnaturschutz-, Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der 2. Säule (VNP und AUKM) sowie zu allen Öko-Regelungen (insbesondere der Öko-Regelung 4 „Extensivierung des gesamten Dauergrünlands des Betriebs“) auszugestalten.

Durch die Möglichkeit, diese mit VNP- und AUK-Maßnahmen der 2. Säule zu kombinieren, kann die dringend gebotene Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schaf- und Ziegenhaltungsbetriebe erreicht werden.

Ein Weidegang ist bei den in Frage kommenden Haltungsformen ohnehin üblich und aus Tierschutzgründen als Fördervoraussetzung nicht notwendig. Eine Überprüfung wäre mit erheblichem verwaltungstechnischem Aufwand verbunden.

Auch aus EU-rechtlichen Gründen ist eine Fördervoraussetzung „Weidegang“ nicht erforderlich, da gekoppelte Prämien nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozioökonomischen Gründen zulässig sind. Diese Gründe liegen bei Schaf- und Ziegenhaltungsbetrieben eindeutig vor.

Es ist zu begrüßen, dass zur Einkommensstützung für schaf- und ziegenhaltende Betriebe, die zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben, tierbezogene gekoppelte Prämien in der GAP eingeführt werden. Zur Vermeidung von gegebenenfalls relevanten Problemen mit der Abklärung der sogenannten Doppelförderung bei Kombination mit einschlägigen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sind jedoch Vorgaben zu einem verpflichtenden

Weidegang zu streichen. Die vom Bund geplante Regelung in § 19 Absatz 3 Nummer 3 sieht vor, dass den Tieren die Möglichkeit zum Weidegang gegeben wird. Die extensive Beweidung durch Schafe und Ziegen ist gleichzeitig Gegenstand von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) der 2. Säule der GAP. Durch die Vorgabe eines Weidegangs sind Kürzungen bei den AUKM wegen der Forderung des Weidegangs bei den gekoppelten Tierprämien nicht auszuschließen. Da gerade aus Umweltgründen eine deutlich verbesserte Unterstützung der Schaf- und Ziegenhalter erforderlich ist, sollte deshalb die Forderung nach der Weidehaltung bei den Tierprämien ersatzlos gestrichen werden.

9. Zu § 21 Absatz 2 Nummer 2, Nummer 3 GAPDZV

§ 21 Absatz 2 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 2 ist nach dem Wort „werden“ das Komma durch das Wort „und“ zu ersetzen.
- b) Nummer 3 ist zu streichen.
- c) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

Begründung:

Die Möglichkeit des Weidegangs sollte nicht zu einer Fördervoraussetzung werden, um die Länderprogramme nicht zu gefährden und den Prüfaufwand in einem angemessenen Rahmen zu halten.

Ziel dieser Zahlungen ist, diese für Mutterkuhbetriebe einkommenswirksam, möglichst unbürokratisch und additiv zu den Vertragsnaturschutz-, Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der 2. Säule (VNP und AUKM) sowie zu allen Öko-Regelungen (insbesondere der Öko-Regelung 4 „Extensivierung des gesamten Dauergrünlands des Betriebs“) auszugestalten.

Ein Weidegang ist bei der in Frage kommenden Haltungsform ohnehin üblich und aus Tierschutzgründen als Fördervoraussetzung nicht notwendig. Eine Überprüfung wäre mit erheblichem verwaltungstechnischem Aufwand verbunden.

Auch EU-rechtlich Gründen ist eine Fördervoraussetzung „Weidegang“ nicht erforderlich, da gekoppelte Prämien nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozioökonomischen Gründen zulässig sind.

Es ist zu begrüßen, dass zur Einkommensstützung für Mutterkuhalter, die zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben, tierbezogene gekoppelte Prämien in der GAP eingeführt werden. Zur Vermeidung von gegebenenfalls relevanten Problemen mit der Abklärung der sogenannten Doppelförderung bei Kombination mit einschlägigen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sind jedoch Vorgaben zu einem verpflichtenden Weidegang zu streichen. Die vom Bund geplante Regelung in § 21 Absatz 2 Nummer 3 sieht

vor, dass den Tieren die Möglichkeit zum Weidegang gegeben wird. Die extensive Beweidung durch Mutterkühe ist gleichzeitig Gegenstand von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) der 2. Säule der GAP. Durch die Vorgabe eines Weidegangs sind Kürzungen bei den AUKM wegen der Forderung des Weidegangs bei den gekoppelten Tierprämien nicht auszuschließen. Da gerade aus Umweltgründen eine deutlich verbesserte Unterstützung der Mutterkuhhalter erforderlich ist, sollte deshalb die Forderung nach der Weidehaltung bei den Tierprämien ersatzlos gestrichen werden.

10. Zu § 26 Absatz 1 Satz 1 GAPDZV

In § 26 Absatz 1 Satz 1 sind nach dem Wort „Mindesteinheitsbetrag“ die Wörter „oder im Fall der Öko-Regelungen unter dem geplanten Einheitsbetrag“ einzufügen.

Begründung:

Klarstellung des Gewollten.

11. Zu Anlage 1 (zu § 4 Absatz 2) GAPDZV

Anlage 1 zu § 4 Absatz 2 ist wie folgt zu ändern:

a) Der Tabelle sind folgende Zeilen anzufügen:

”

Quercus rubra	Roteiche
Paulownia tomentosa	Blauglockenbaum

“

b) Nach der Tabelle ist folgender Satz anzufügen:

„Die Negativliste gilt für Agroforstsysteme, die ab dem 1. Januar 2022 neu angelegt werden.“

Begründung:

Die Baumarten Blauglockenbaum und Roteiche zeigen in natürlichen Lebensräumen ein invasives Verhalten und führen zur Verdrängung von in Deutschland bereits seit Jahrhunderten beheimateten Pflanzenarten. Die Folge ist eine Verschiebung des ökologischen Gleichgewichts und der nachweislich damit verbundenen Beeinträchtigung anderer Arten und von Lebensräumen.

Gleichzeitig sollten Agroforstsysteme, die bereits vor dem 1. Januar 2022 angelegt wurden und Arten von Gehölzpflanzen enthalten, die in der Negativliste aufgeführt sind, als beihilfefähige Fläche betrachtet werden.

12. Zu Anlage 2 (zu § 6 Absatz 3) Tabelle GAPDZV

In Anlage 2 ist die Tabelle wie folgt zu fassen:

”

Gattung		Art	
Botanische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung	Botanische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
Salix	Weiden	alle Arten	
Populus	Pappeln	alle Arten	
Robinia ¹⁾	Robinien	alle Arten	
Betula	Birken	alle Arten	
Alnus	Erlen	alle Arten	
Fraxinus	Eschen	F. excelsior	Gemeine Esche
Quercus	Eichen	Q. robur	Stieleiche
		Q. petraea	Traubeneiche
		Q. rubra ¹⁾	Roteiche

- 1) Bei einer Neuanlage von Niederwald mit Kurzumtrieb ab dem 1. Januar 2022 sind die Arten der Gattung Robinia sowie die Art Quercus rubra nicht mehr zulässig. Niederwaldflächen mit Kurzumtrieb, die vor dem 1. Januar 2022 angelegt worden sind, bleiben davon unberührt.“

Begründung:

Die Baumarten Robinie und Roteiche zeigen in natürlichen Lebensräumen ein invasives Verhalten und führen zur Verdrängung von in Deutschland bereits seit Jahrhunderten beheimateten Pflanzenarten. Die Folge ist eine Verschiebung des ökologischen Gleichgewichts und der nachweislich damit verbundenen Beeinträchtigung anderer Arten und von Lebensräumen. Aus diesem Grund ist bei einer Neuanlage von Niederwald mit Kurzumtrieb die Anpflanzung von Robinien und der Roteiche ab 2022 nicht zu gestatten.

13. Zu Anlage 5 (zu § 17 Absatz 1) Nummer 1.2.3. Satz 1, 2, 3 – neu – GAPDZV

In Anlage 5 ist Nummer 1.2.3. wie folgt zu ändern:

- a) In Satz 1 sind nach dem Wort „breit“ die Wörter „und darf höchstens 30 m breit“ einzufügen.
- b) Satz 2 ist zu streichen.
- c) Folgender Satz ist am Ende anzufügen:

„Blühstreifen von mehr als 30 m Breite gelten als Blühfläche.“

Begründung:

Eine Kappung der Förderung für Blühstreifen ab 30m ist nicht rechtssicher abwickelbar. Daher sollte ein Blühstreifen mit mehr als 30 m Breite als Blühfläche gefördert werden können.

14. Zu Anlage 5 (zu § 17 Absatz 1) Nummer 2.11. GAPDZV

In Anlage 5 ist Nummer 2.11. zu streichen.

Folgeänderung:

In Anlage 5 Nummer 2.1. ist die Angabe „2.11.“ durch die Angabe „2.10.“ zu ersetzen.

Begründung:

Um den Behörden Flexibilität bei der Kontrolle der Anteile der verschiedenen Hauptfruchtarten zu ermöglichen, sollte auf einen fixen Kontrollzeitraum verzichtet werden.

Eine Verengung des Kontrollzeitraums führt zu unnötigen Arbeitsspitzen und kann bei ungünstiger Wetterlage (anhaltende Bewölkung) auch nicht per Flächenmonitoring sicher ermittelt werden.

15. Zu Anlage 5 (zu § 17 Absatz 1) Nummer 3.2.6. Satz 2 - neu - GAPDZV

In Anlage 5 ist der Nummer 3.2.6. folgender Satz anzufügen:

„Wird ein Gehölzstreifen fließgewässerbegleitend oder in Gewässernähe angelegt, kann abweichend von Satz 1 der dort vorgegebene Abstand zum Rand der Fläche geringer sein.“

Begründung:

Die Anlage von Gehölzstreifen am Gewässerrand ist ein notwendiger Baustein für die Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), insbesondere die Erreichung des guten ökologischen Zustandes oder Potenzi als der Gewässer. Regelmäßig besteht aber eine Flächennutzungskonkurrenz zwischen herkömmlicher landwirtschaftlicher Nutzung und der Anlage von Gehölzstreifen mit gewässerökologischer Funktion entlang der Gewässer. Aufgrund dieser Nutzungskonkurrenz besteht die Gefahr, dass die Ziele der WRRL im Offenland Ende 2027 verfehlt werden und ein Vertragsverletzungsverfahren der EU droht. Bislang gibt es keine nutzungsintegrierte Lösung, mit der dieser Nutzungskonflikt wirksam entschärft werden kann.

Ziel des Antrages ist die Minimierung dieser Flächennutzungskonkurrenz durch Ermöglichung nutzungsintegrierter Agroforststreifen, die für die Zielerreichung gemäß WRRL notwendige gewässerökologische Leistungen entlang der Gewässer erbringen können – bei möglichst geringem oder ohne Verlust von Acker- oder Grünlandfläche. Gehölzstreifen am Gewässer erbringen durch Beschattung, Wurzeln im Gewässer sowie Laubeintrag notwendige Funktionen, damit diese den guten ökologischen Zustand in wertgebenden Parametern erreichen können. Weiterhin nehmen sie Nährstoffe aus Grundwasser bzw. Zwischenabfluss auf und reduzieren den Eintrag von Dünger und Pflanzenschutzmitteln von angrenzend ackerbaulich genutzten Flächen.

In Abschnitt 3 mit Bezug zu § 20 Absatz 1 Nummer 3 des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes sollten die Maßgaben, nach denen ein Agroforstsystem förderfähig ist, möglichst weit gefasst werden, um eine große Vielfalt an Systemen zu ermöglichen. Ein Abstand von mindestens 20 m (oder 10 m) zum Rand der Fläche würde den Einsatz von Agroforststreifen direkt am Gewässer verhindern. Für die positiven Wirkungen von Agroforstgehölzstreifen auf Oberflächengewässer ist es aber erforderlich, dass diese unmittelbar am Gewässer etabliert werden (können).

Darüber hinaus können diese Agroforststreifen am Gewässer wichtige Leistungen bzw. Beiträge für Biodiversität, Klimaschutz, Landschaftsbild, die Produktion von energetisch nutzbarem Holz und die Etablierung regionaler Stoffstromkreisläufe erbringen.

B

E n t s c h l i e ß u n g

1. Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich die Umsetzung der von den Ministerinnen, Ministern, Senatorinnen und Senatoren der Agrarressorts der Länder vom 26. März 2021 einstimmig festgelegten Positionen in der vorliegenden Verordnung. Er regt an, in den weiteren Rechtssetzungsverfahren ein besonderes Augenmerk auf die bürokratischen Lasten bei den Landwirten und für die Verwaltungen der Länder zu legen und diese auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren.
2. Der Bundesrat bekräftigt seine Auffassung, die vorgesehenen Öko-Regelungen so auszugestalten, dass eine flächendeckende Teilnahme aller Landwirte erzielt wird. Zudem sollen die Maßnahmen in allen Regionen Deutschlands ausgewogen anwendbar sein. Es sollte durch die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen vermieden werden, dass es zu einer regional ungleichen und stark kumulierten oder ausbleibenden Inanspruchnahme aufgrund regional unterschiedlicher natürlicher oder struktureller Gegebenheiten kommt. Auch Gunststandorte müssen erreicht werden, damit dort zusätzliche Umweltleistungen umgesetzt werden.
3. Der Bundesrat bittet vor diesem Hintergrund insbesondere um eine angemessene Berücksichtigung der Belange der milchviehhaltenden Grünlandbetriebe im Rahmen der gemäß § 20 Absatz 4 GAPDZG festgelegten Evaluierung der Öko-Regelungen bis 31. Dezember 2024. Gerade für intensiv wirtschaftende Grünlandbetriebe könnte es schwierig werden, an dem neuen Fördersystem wie im bisherigen Maße teilnehmen zu können. Insbesondere für Milchviehbetriebe auf Dauergrünland sind bei der geplanten nationalen Umsetzung der GAP Prämieeinbußen nicht auszuschließen. Die Ausgestaltung der Ökoregelungen sollte zügig korrigiert werden, wenn sich diese Befürchtungen nach dem ersten Antragsjahr bestätigen.

4. Elementar wichtig ist auch, dass ökologisch/biologisch wirtschaftende Betriebe bei Inanspruchnahme der Förderung in der zweiten Säule in Bezug auf Agrar-Umwelt- und Klimaschutz-Maßnahmen diese Förderung mit den Förderinstrumenten in der ersten und zweiten Säule weitgehend kombinieren können. Damit soll erreicht werden, dass Ökobetriebe im Rahmen der zukünftigen Fördersystematik keine Prämiennachteile erfahren.
5. Sollte sich abzeichnen, dass die Ökoregelung zur Förderung der Beibehaltung von Agroforstsystemen nicht in dem geplanten Ausmaß zur Anwendung kommen, sind die Vorschriften für diese Ökoregelungen ebenfalls zügig anzupassen.

Begründung zu den Entschließungsziffern 1 bis 5:

In der Europäischen Union (EU) werden im Rahmen einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre ab 2023 auch die Direktzahlungen für die landwirtschaftlichen Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber neu geregelt.

Die Reform der GAP verfolgt insbesondere die Ziele, die Ergebnisorientierung der Fördermaßnahmen der GAP zu stärken, die Modernisierung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete und die Nachhaltigkeit ihrer Entwicklung in wirtschaftlicher, sozialer, umwelt- und klimaschutzpolitischer Hinsicht zu fördern sowie den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten im Zusammenhang mit den Rechtsvorschriften der Union zur Agrarförderung zu verringern.

Durch die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen muss vermieden werden, dass es zu einer regional ungleichen und stark kumulierten oder ausbleibenden Inanspruchnahme aufgrund regional unterschiedlicher natürlicher oder struktureller Gegebenheiten in Deutschland kommt.

Der Bundesrat sieht mit Sorge, dass das bisherige Set an Ökoregelungen insbesondere für Milcherzeuger mit überwiegend Dauergrünlandnutzung sowie für Betriebe der ökologischen/biologischen Produktion keine ausreichenden Teilnahmemöglichkeiten bietet. Daher besteht die Gefahr, dass Umwelt- bzw. Tierwohlleistungen in Dauergrünlandgebieten im Rahmen der neuen GAP weder ausreichend honoriert noch bereitgestellt werden. Auch eine angemessene Inanspruchnahme der Ökoregelung Agroforst ist nicht sicher. Gleiches gilt für Betriebe des Ökolandbaus mit dem entsprechenden Risiko, dass die für diesen Bereich auf verschiedenen Ebenen formulierten Ausbauziele nicht erreicht werden.